

Beißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heilste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 M. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 10 M. — Fernsprecher: Am Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahlkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die lebensgewohnte Bevölkerung ab 1. Mai, außerhalb der Hauptmannschaft: 10 M. im amtlichen Teil (ausser von Büchern) die Seite 200 M. — Geringkosten und Reklamen 200 M.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 99

Freitag den 28. April 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Mittwoch den 3. Mai vormittags 11 Uhr
Öffentliche Bezirksausschüttigung
im amtsaufmannschaftlichen Sitzungssaale.

Brotpreis.

Mit Rücksicht auf die weitere Verfeuerung der Ge-
stehungskosten bei den Bäckern wird von Belieferung der
ab 1. Mai dieses Jahres laufenden Brotscheintelle V 2 ab
der Brotzeit.

von 3,10 M. auf 3,30 M. für das Pfund und
von 11,80 M. auf 12,50 M. für 1 Brot von 1900 g
erhöht.

Der Preis für das Weizenkleingebäck (Semmel) wird auf
75 Pf. (bisher 70 Pf.) für 90 g und für Zwieback auf
1,20 M. (bisher 1,05 M.) für 70 g festgesetzt. Diese Preise
sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Dippoldiswalde, am 26. April 1922.

Der Kommunalverband.

Auf Blatt 103 des Handelsregisters, die Firma C. B.
Leicher Nachf., Metallwarenfabrik in Dippoldiswalde, vorm.
Hoch & Bock in Dippoldiswalde, ist heute eingetragen
worden:

Die Prokura des Kaufmanns Robert Martin Schneider
in Köln ist erloschen. Prokura ist erteilt dem Druckermeister
Richard Willi Bock in Dippoldiswalde. 1 A. Reg. 25a/22.
Amtsgericht Dippoldiswalde, am 25. April 1922.

Örtliches und Sachisches

Dippoldiswalde. Der Eintritt in die Handelschule und in die Gewerbeschule ist jetzt vom Bestehen einer Aufnahmeprüfung abhängig, und das wohl auch mit Recht. So können Schüler, die dem dort gebotenen Lehrstoff von Anfang an nicht gewachsen sind, nicht mehr die übrigen am Vorwärtsgang des Unterrichts hindern. Diese Prüfungen für die kaufmännische Abteilung der Handelschule und für die Gewerbeschule fanden in der Zeit vom 19. bis 21. April statt. 50 Schüler und Schülerinnen konnten in die Handelschule, 53 in die Gewerbeschule neu aufgenommen werden, während 3 Schüler die Prüfung nicht bestanden und zurückgewiesen werden mussten. Ein Schüler konnte nur versuchswise aufgenommen werden. Die Gesamtschülerzahl im neuen Schuljahr an diesen Anstalten beträgt etwa 300 Schüler und Schülerinnen, von denen ein großer Teil der näheren und weiteren Umgebung unserer Stadt entstammt. Eine Unterstützung unserer Handels- und Gewerbeschule aus Bezirksmitteln muß daher unbedingt verlangt werden.

Mit dem 3. Mai wird, vorläufig allerdings nur Mittwochs, der Verkehr auf den Kraftwagenlinien nach Glashütte und Bienenmühle wieder aufgenommen werden. Die Fahrzeiten haben gegen das Vorjahr nur geringe Veränderungen erfahren, bringen aber bessere Zuganschlüsse in Glashütte. Nachstehend veröffentlichten wir die Fahrspläne:

Kraftwagenlinie Dippoldiswalde - Glashütte

Gebahnhofsname:		ab Dippoldisw. u. Hainb.	ab Dippoldisw. n. Hainb.	98	458
552	238 ab Dippoldiswalde, Bahnhof			939	418
553	237 ab Dippoldiswalde, Bahnhof			938	416
554	239 Glashütte, Bahnhof			935	405
555	253 Glashüttenber, Bahnhof			916	426
556	307 Glashütte, Bahnhof			908	449
557	234 Glashütte, Bahnhof			954	394
558	237 ab Glashütte, Bahnhof			756	310
745	519 ab Glashütte n. Geising-N. an Glashütte v. Geising-N.			610	313
656	341 " Heidenau			749	1283

Gebahnhofsname:

Gebahnhofsname:		ab Dippoldisw. u. Hainb.	ab Dippoldisw. n. Hainb.	124	917
643	445 ab Dippoldiswalde, Bahnhof			937	917
646	456 ab Dippoldiswalde, Bahnhof			937	947
647	457 Altenberg, Bahnhof			937	941
648	458 Borsdorf, Bahnhof			937	947
649	459 Geising, Bahnhof			937	947
650	460 Geising-N., Bahnhof			937	947
651	461 Glashütte, Bahnhof			937	947
652	462 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
653	463 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
654	464 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
655	465 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
656	466 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
657	467 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
658	468 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
659	469 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
660	470 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
661	471 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
662	472 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
663	473 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
664	474 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
665	475 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
666	476 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
667	477 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
668	478 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
669	479 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
670	480 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
671	481 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
672	482 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
673	483 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
674	484 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
675	485 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
676	486 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
677	487 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
678	488 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
679	489 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
680	490 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
681	491 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
682	492 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
683	493 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
684	494 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
685	495 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
686	496 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
687	497 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
688	498 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
689	499 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
690	500 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
691	501 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
692	502 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
693	503 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
694	504 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
695	505 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
696	506 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
697	507 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
698	508 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
699	509 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
700	510 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
701	511 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
702	512 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
703	513 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
704	514 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
705	515 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
706	516 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
707	517 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
708	518 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
709	519 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
710	520 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
711	521 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
712	522 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
713	523 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
714	524 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
715	525 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
716	526 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
717	527 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
718	528 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
719	529 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
720	530 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
721	531 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
722	532 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
723	533 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
724	534 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
725	535 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
726	536 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
727	537 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
728	538 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
729	539 Glashüttenber, Bahnhof			937	947
730	540 Glashüttenber, Bahnhof	</			

zweiten Stock liegen, der öffentlichen Besichtigung wieder öffnen.

Struppen. Die ehemalige Soldaten-Knaben-Erziehungsanstalt Klein-Struppen ist von der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt käuflich erworben worden. Diese will darin ein Erholungsheim für Kinder aus ihrem Bezirk einrichten. Die Eröffnung erfolgt in den nächsten Tagen.

Rohwein. Die städtischen Kollegien beschlossen die Erhöhung des Strompreises für elektrische Energie; Licht soll pro Kilowattstunde 6 M., Kraft 5 M. kosten. Weiter genehmigten Rat und Stadtverordnete 300 000 M. zur Fertigstellung der Straße Auf dem Werder.

Kochlöh. Der Turnverein verlegte die Feier seines 75-jährigen Stiftungsfestes auf den 1. und 2. Juli d. J. Ursprünglich sollte die Feier am 17. und 18. Juni stattfinden, doch ist gerade für diese Tage der Ullanntag geplant.

Zeithain. Auf dem Truppenübungsplatz hatten mehrere aus dem Flüchtlingslager stammende Kinder eine Granate gefunden und hantierten an dieser herum. Hierbei explodierte das Geschöpf und verletzte drei Kinder schwer. Eines der Kinder ist an den erlittenen Verlebungen bereits gestorben.

Zwickau. Im benachbarten Steinpleis wurde eine Milchhändlerin wegen Milchpanischerei zu einer Woche Gefängnis und 4500 M. Geldstrafe verurteilt.

Zwickau. Am 28. April wird es 400 Jahre, daß Luther, vom Rat der Stadt gerufen, nach Zwickau kam. Am 16. März 1522 wurde von einer Rostocker Bürger der Grünebauer Hof, der den Jüterziensermönchen von Grünhain gehörte, das spätere Gymnasium, gestürmt und alles darin kurz und klein geschlagen. Um der bedenklichen Unruhe Herr zu werden, rief man Luther, der eben von der Wartburg nach Wittenberg zurückgekehrt war und in gewaltigen Predigten dort die Schwarmgeisterel und Bildersturmerei gedämpft hatte, um Hilfe. Er kam, nachdem er unterwegs in Altenburg und Borna gepredigt hatte. Am 30. April predigte er zweimal in der Marienkirche. Am 1. Mai sprach er vom Rathause zu einer auf 14 000 Köpfe geschätzten Menge, die von weit und breit bis Schneeberg und Annaberg herbeigeströmt war. Am 2. Mai predigte er nochmals auf dem Schloß.

Nehschau. Die Vertreter der Industrie versammelten sich hier zu einer Beratung über die Verwendung der Mittel für die Altershilfe, die von der Industrie eingeleitet ist. Es konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß fast 150 000 M. von nur 30 Zeichnern unserer Stadt ausgebracht worden sind. Diese Summe soll ausschließlich für die Unterstützung älterer Personen nur in unserer Stadt verwendet werden. Um die Verteilung recht bald in die Wege zu leiten, wurde unter Mitwirkung des biesigen Bürgervereins ein Ausschuss gebildet.

Johanngeorgenstadt. Der heilige Stadt ist ein Vermächtnis von 200 000 M., die der fürstlich verstorbenen Dampfsgewerbesleiter Grüner zur Einrichtung einer Stiftung für Wohltätigkeitszwecke ausgesetzt hat, zugesetzt. — Der tschechoslowakische Handelsminister hat angeordnet, daß sich die Postämter und Briefträger wegen der vielen Raubüberfälle mit Waffen austatten können.

Buck bei Bautzen. Sonntag früh gegen 7.30 Uhr wurde an der Wegbegabung Bautzen—Niedergurig und Bautzen—Doberschütz—Pleslowitz—Malschwitz ein dreitesiges Attentat auf den Geschäftsführer eines Bautzener Geschäfts verübt. Er wurde von zwei Radfahrern angehalten und nach dem Wege nach Malschwitz befragt, obwohl der Wegweiser sich in unmittelbarer Nähe befand. Nach der Erteilung der Auskunft fuhr der Fuhrmann weiter. Die Radfahrer schlugen jedoch nicht den Weg nach Malschwitz ein, sondern gaben von hinten vier scharfe Schüsse auf den Geschäftsführer ab. Eine Kugel ging durch das Fenster hinter dem Kutscherboden direkt an dem Führer vorbei, während die übrigen Schüsse fehlgingen. Die Radfahrer fuhren nach Verübung des Attentats weiter.

Der Magener Raubüberfall vor den Geschworenen.

Ein überaus rohes Verbrennen (siehe vorige Nummer) fand am Mittwoch vor dem Schwertericht seine Sühne. Als erster Angeklagter wurde der Arbeitsbursche Richard Reinhold Schönfelder aus Dresden geholt, der als schlechter Schüler nur bis zur dritten Schulklasse gekommen sei. Die Erziehung habe sein Großvater übernommen; er gab zu, daß schon allerhand vorgekommen ist, daß er den Großvater bestohlen und sich an Einbrüchen beteiligt habe. Den Mitangeklagten Alois kennt er schon seit einiger Zeit; mit ihm will er auch Dummheiten gemacht haben. Alois sei derzeit gewesen, der die Fabrik am 22. Dezember nach Magen angreift hat, die auch am genannten Tage ausgeführt wurde. Er gibt die Tat zu.

Der Hauptbeschuldigte, Bäcker Arthur Max Alois, geboren in Dippoldiswalde, gab an, daß er mehrfach, besonders auch als Juhtälter vorbestraft sei. Von einer Cousine habe er gehört, daß deren in Magen wohnende Schwester Gold besitze. Dies sollte eigentlich bloß gestohlen werden. Zwecks Erlangung von Fahrgeld wurde die Uhr des Schönfelder versetzt. In Magen wurde die Rückkehr der alten Frau in einem Versteck abgewartet; nach Eintritt riegelte Schönfelder die Tür ab, um vor Überstechungen sicher zu sein. Die Frage nach einem kleinen Darlehen sei nur gestellt worden, um zu sehen, wo die alte Frau ihr Geld aufbewahrt. Nach längerer Unterhaltung wurde Schönfelder ungebüdig und rief: „Na, los nun, ich warte jetzt nicht mehr!“ Dann habe er die Lampen plötzlich ausgedreht, die Greiflin am Halse gefaßt und rückwärts auf das Sofa gedrückt. Den Ankle habe Schönfelder in den Mund gepreßt, auch die Beine habe er verschraubt; der Bäckersack sei vorher dazu mitgenommen worden. Der Sack, den Sch. über den Kopf der alten Frau deckte, habe sich in deren Räumen befinden. Fußtritte oder Schläge in den Unterleib seien ihr nicht vorgesetzt worden. Bei Durchwühlung der Wohnung wurden 1100 M. Bargeld und eine Uhr sowie ein Fernrohr und ein Ring gefunden und mitgenommen. Leichtere Sachen kamen zum Verkauf, alles sei gleichmäßig geteilt worden. Die Abfahrt, die alte Frau zu ermorden, habe nicht bestanden.

Als Sachverständiger führte Regierungsmedizinalrat Dr. Oppen aus, der Tod der alten Frau sei nicht durch Ersticken, sondern als eine Folge einer erlittenen größeren Blutung eingetreten. Würgmale wurden nicht bemerkt, am Munde befanden sich Blutwunden, am Unterleib wurde eine frische, ausgedehnte Blutung festgestellt. Diese kann durch direkte Gewaltwirkung oder durch Zerreissen von Blutgefäßen entstanden sein. Beide Angeklagte seien strafrechtlich in vollem Umfang für ihre Handlungswelt verantwortlich zu machen. Besonders sei zu betonen, daß der jugendliche Schönfelder bereits die Strafbarkeitseinsicht besessen habe.

Das Gericht vermochte bei dieser Sachlage auf sämtliche Zeugen zu verzichten. Nach Verlesung der Schuldfragen hielt der Staatsanwalt die Anklagerede, woran sich die Plädoyers der beiden Verteidiger anschlossen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen, die sämtliche Schuldfragen beobachtet, wurde Alois wegen gemeinschaftlichen Raubes mit Todesfolge zu der gesetzlich zulässigen niedrigsten Strafe von 10 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in der Dauer von 5 Jahren, der noch jugendliche Schönfelder zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungsstaat kommt voll in Anrechnung. Beide Angeklagte unterwarfen sich sofort dem ergangenen Urteile.

Der fünfste Landesbischof Sachsen.

Im Beginn der 48. Sitzung der 11. ordentlichen Evangelisch-lutherischen Landesynode am 26. April, welche im Ständesaal zu Dresden tagte, gab der Präsident des Landeskonsistoriums Dr. Böhme folgende bedeutsame Erklärung ab: Das zur einstweiligen Führung des Kirchenregiments berufene Kollegium habe beschlossen, das Amt des bisherigen Oberhofpredigers und Vizepräsidenten des Landeskonsistoriums Herrn Gehulm-Kirchenrat Professor Dr. Ihmels in Leipzig zu übertragen. Wegen der Festlegung der Amtsbezeichnung behalte sich das Kollegium anderweitige Erklärung vor. Bis zum Amtsantritt des Herrn Dr. Ihmels soll Dr. Dibelius gebeten werden, im Amt zu bleiben.

Im Anschluß daran begrüßte der Konistorial-Präsident, sowie der Präsident der Synode den neugewählten Oberhofprediger. Schon heute kann gesagt werden, daß voraussichtlich nach der erfolgten Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche das durch die soeben fertiggestellte neue Kirchenverfassung geschaffene Amt eines Landesbischofs dem neugewählten Oberhofprediger übertragen werden wird.

Dr. Ihmels dankte in längeren Ausführungen für das Vertrauen, das ihm mit der Wahl ausgesprochen worden sei. Er werde sein Amt täglich als einen Dienst an dem Herrn und damit als einen Dienst an der Kirche ansehen. Er wollte es führen in dem Sinne des Pauluswortes: nicht als Herren eures Glaubens, sondern als Gehilfen eurer Freude. Seine Nabe wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Über die weiteren Verhandlungen der Synode, die zu zwei kurzen Sitzungen am 25. und 26. April zusammengetreten war, sei in Kürze noch folgendes gesagt: Ein bei der Synode eingegangenes Gesetz, betr. die Einrichtung von Pachtämtern für die kirchlichen und geistlichen Leben wurde als sehr beachtlich gefunden und dem Kirchenregiment als Material überwiesen.

Ergreifende Bilder über die Notlage der Pfarrerwitwen brachten die Verhandlungen am Nachmittag des 26. April über ein diesbezügliches Gesetz des Pfarrerwitwenvereins. Viele Pfarrerwitwen, so wurde in dem Bericht von Sun. Thomas, Schneeburg, erwähnt, hätten nicht einmal soviel, wie das Crisiengesetzminimum für eine einzelne Frau benötigt, nicht weniger Sünder unter dem Sohn für Erwerbslose. Das Landeskonsistorium stelle in Aussicht, die Pensionsfälle mit möglichster Beschleunigung jedenfalls noch im Monat Mai, zur Auszahlung zu bringen, wenn irgend möglich auch im Verhältnis zu der ursprünglichen wieder erfolgten allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter.

Endlich sah die Synode noch unter Billigung eines Antrages des Finanzausschusses folgenden Beschluss: Das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium zu ersuchen, die Befolzung der Geistlichen entsprechend der Aufbesserung der Dienstleistungen der Staatsbeamten und Lehrer sofern als nur möglich neu zu ordnen, künftig sie etwaigen weiteren Aufbesserungen der Staatsbeamten und Lehrer jeweils anzupassen und darauf hinzuwirken, daß auch die Bezüge der Geistlichen und Kirchenbeamten i. R. und diejenigen ihrer Hinterbliebenen entsprechend erhöht und erhöhten ausgeschüttet werden. Sie ermächtigt das Kirchenregiment, die etwa der Mitwirkung der geschilderten Faktoren der Landeskirche bedürfnissen Maßnahmen in dieser Richtung seinerseits zu treffen. Hierauf erklärte Präsident Dr. Böhme die Synode im Namen des Kirchenregiments für vertrag.

Peinliche Enthüllungen.

Der auf dem äußersten rechten Flügel der französischen Chauvinisten stehende Abgeordnete André Tardieu hat für seinen alten Freund und Kampfgenossen in dem neuen „Echo National“ manche Vorsätze gebrochen und bewiesen, wie sehr der alte Tiger für einen französischen Frieden in Versailles gefangen hat. Dabei hat er das ursprüngliche Friedensprogramm Englands und Amerikas dem Clemenceau-Frieden gegenübergestellt. Dieses englisch-amerikanische Friedensprogramm sah nach Tardieu's eigener Darstellung folgendermaßen aus:

England und die Vereinigten Staaten schlugen die (beinahe unverzügliche) Aufnahme Deutschlands in den Bölfverbund vor. Lloyd George und Wilson haben drei Monate hindurch jede Besetzung des Rheinufers verworfen. Nach der englisch-amerikanischen These sollte Frankreich erstens die elsass-lothringischen Schulden übernehmen, zweitens für den öffentlichen Besitz (Eisenbahnen usw.) Ablösungssummen bezahlen. Ein besonderes Vorrecht für den Hosen von Kehl stand Frankreich nicht zu. Die Alliierten erkannten Frankreich lediglich das Recht auf Kohlenbezug für eine Periode von zehn Jahren zu. Die Alliierten wollten die Beibehaltung des Status quo und wollten eine Sonderverwaltung des Saargebiets nicht zulassen. Nachdem einmal die Überflutung Deutschlands von den Überwachungskommissionen durchgeführt war, sollte nach dem Wunsch der Alliierten jede weitere Überwachung aufgehören. Die Alliierten hatten gegen einen Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs nichts einzutun. Die Alliierten wollten eine Haushaltsumme, das heißt, nur eine teilweise Wiedergutmachung. Die Alliierten waren damit einverstanden, daß die Hälfte der Entschädigung in Papiergebäude bezahlt werden sollte. Die Engländer wollten die Berechnung der deutschen Kohle nach dem englischen Ausfuhrpreis.

So sah das ursprüngliche Friedensprogramm aus, das zweifelsohne schwere Bedingungen für Deutschland enthielt, aber immer erträglich zu nennen ist im Vergleich zu dem Gewaltbündnis von Versailles, das der alte Tiger Clemenceau den Engländern und Amerikanern in wochenlangem zähen Kämpfe abgerungen hat.

Und nun versucht Lloyd George auf allen möglichen Konferenzen — augenblicklich in Genua — dem französischen, dem Clemenceau-Frieden, das Genie abzudrehen und an seine Stelle den englischen, den anglo-sächsischen Frieden aufzurichten. Selbst wenn ihm dies einmal gelingen sollte, der Schaden, den inzwischen Frankreich mit Hilfe des Versäller Vertrages in der Welt angerichtet hat, die Erschütterungen des englischen Weltreiches als direkte Folgen des Versäller Friedens, sind ungeheuer. Der Weg zur Vernunft und zu wirklichen Frieden ist aber auch der englische Friede Lloyd Georges nicht.

* In Petersburg hat der Preis für ein Pfund Brot 100 000 Rubel erreicht. Gegenüber Russland hat Deutschland noch Edelmetalle.

Wirth über Rapallo.

Keine geheimen Verhandlungen mit Russland.

Reichskanzler Dr. Wirth hat anlässlich eines Empfanges der deutschen Pressevertreter in Genua eine Erklärung abgegeben, in der ausdrücklich in offizieller Form festgestellt wird, daß keinerlei Geheimabmachungen mit Russland getroffen worden sind.

Der Reichskanzler knüpft an die Frage an, die Voltcaro in seiner Sonntagsrede in Bar-le-Duc an Deutschland gerichtet hat: ob der deutsch-russische Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht werden soll, ob er geheime Bestimmungen enthalte und militärische und politische Bestimmungen als Vorwand diene. Dr. Wirth gab darauf folgende Antwort:

Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden. Er enthält keinerlei geheime Bestimmungen in politischen oder militärischen Charakter. Er ist noch unserer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahre Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Krieg gestanden haben. Er macht mit der Vergangenheit polnischen Deutschland und Russland keinen Fisch. Worauf es kommt, ist mit dem russischen Volke in Frieden zu leben und es darf der Handelswert zu ermöglichen, im Osten arbeiten zu können. Wer uns darin nachkommt und nachfolgt, der ist uns willkommen. Wir können es nur begegnen, wenn die Westmächte in Genua zu einem ähnlichen Vertrag wie dem von Rapallo kommen, der friedliche Wege ebnen.

Rathenan zum Vertragsabschluß.

Am gleichen Zeit wie Dr. Wirth nahm auch der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau Gelegenheit, den deutschen Standpunkt zu dem Vertragsabschluß mit Russland nochmals eingehend darzulegen. In einer Unterredung mit dem Genuener Vertreter des „Neuen Hörer Zeitung“ erklärte der Minister, Deutschland habe sich keineswegs Genua zu dem Abschluß des Vertrages ausgesetzt, er sei uns vielmehr ausgedrangt worden. Hätten wir das Abkommen vorher abgeschlossen, etwa in Berlin, so hätten unsere Gegner das als Sabotage der Konferenz ausgegeben. Hätten wir es nachher getan, so hätte es geheißen, daß hätten sie in Genua im geheimen ausgehoben. Als uns die dauernde Isolierung zwang, rath zu handeln, schrien die anderen auf, wir hätten geheime Diplomatie getrieben. Er sah indessen ringen nichts als geheime Diplomatie. Auf einem freiwilligen Vertrag der Russen auf ihren Anspruch auf Artikel 116 des Versäller Vertrages könnten wir nicht vertrauen, weil sie, auch wenn sie wollten, nicht verzichten dürften, sondern genötigt wären, ihre Forderungen gegen uns an Frankreich abzutreten.

Russland und Polen.

Eine scharfe Note Tschischers an Polen.

Die Konferenz von Genua ist um einen neuen Zwischenfall reicher. Auf die Nachricht hin, daß Polen und die übrigen Mitglieder der kleinen Entente auf Drängen Frankreichs ein 48-stündigiges Ultimatum an Russland stellen oder die Konferenz verlassen wollen, hat der Führer der russischen Abordnung Tschischker mit einer sehr scharf gehaltene Note gerichtet, in der er den Polen ganz unverblümmt zu verstehen gibt, daß der Vertreter Warschaus nach dem Aushcheiden Deutschlands in der Russenkommission gar nichts mehr zu suchen und sich ebenfalls aller Erörterungen russischer Fragen zu enthalten hätten, da der zwischen Polen und Russland in Riga am 8. März 1921 abgeschlossene Vertrag alle Fragen löst, welche diese Staaten interessieren, und zwar in einer viel endgültigeren Form als der Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Russland.

In der sehr geschickt abgesetzten Note sagt der russische Minister seinem polnischen Kollegen u. a. folgende Liebeswürdigkeiten:

Gleichzeitig kann ich mich nicht enthalten, zu bemerken, in welcher Weise es mir befremdet ist von einem Staat erachtet, der ohne Vorbehalt die Sonderregierung die jure anerkannt und der mit mir einen Vertrag abgeschlossen hat, einen Schritt zu unternehmen, der Russland des Rechts erheben sollte, Verträge mit anderen Staaten abzuschließen. Meine Regierung sieht in diesem Schritt Polens einen Angriff auf die Souveränität Polens und infolgedessen eine große Verleumdung des Friedensvertrages von Riga, der einerseits zwischen Russland und der Ukraine, und andererseits zwischen Polen und Russland abgeschlossen wurde, und der im polnischen Landtag am 18. April 1921 ratifiziert wurde. Ferner besteht eine Verleumdung des Abkommens von Riga vom 30. März 1922, das zwischen Russland und Polen, Polen und Lettland abgeschlossen wurde, und wobei Polen sich u. a. verpflichtete, nicht nur auf der Konferenz von Genua seine Handlungen mit denen Russlands in Übereinstimmung zu bringen, sondern auch mit allen Kräften dahin zu wirken, daß Russland von den Staaten, die die Sowjetregierung bisher nicht anerkannt werden.

Die Protestnote Tschischers an Polen hat in Konferenzkreisen sehr überwacht. Man betrachtet sie als einen Protest der Sowjetregierung gegen den Austritt Deutschlands aus dem politischen Unterabkommen mit Russland. Besonders groß ist die Überraschung in den alliierten Abordnungen. Nach eingehenden Besprechungen hat die polnische Delegation die russische Note dahin beantwortet, Polen habe niemals die Sowjetregierung ohne Vorbehalt anerkannt. Der Vertrag von Riga vom 30. März sei lediglich ein Protokoll zum Austausch der Auffassungen gewesen, aber kein eigentlicher Vertrag.

Mit dieser ausweichenden Antwort durften die Russen sich kaum zufrieden geben.

Keine Nachrichten.

* Ein allgemeiner Deutscher Sparkassentag soll im September in Goslar stattfinden.

L
G
C
D
E
F
G
H
I
J
K
L
M
N
O
P
Q
R
S
T
U
V
W
X
Y
Z

Lloyd George gegen Poincaré.

"Europa darf kein Schlachthaus werden."

Die Kampfrede des "wilden Lothringers" hat in Genua wie eine Sprengbombe gewirkt. Das Interesse an den sachlichen Verhandlungen ist durch die unverhüllten Drohungen Poincarés nahezu geschwunden, und das Schicksal der Konferenz hängt nun noch an einem Haar. Die Londoner Presse, die sich durchweg in sehr ernst gehaltenen, teilweise drohenden Ausführungen mit der Rede Poincarés beschäftigt, veröffentlicht eine offenbar hauptsächliche Meldung aus Genua, die folgendermaßen lautet:

Lloyd George bezeichnete in einer aus Genua an England gerichteten Botschaft die Rede Poincarés als eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht danach anzusehen, daß Zusammenarbeiten der Alliierten zu bessern Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde.

Außerdem hat der Privatscretär des englischen Premierministers, Grigg, dessen sich Lloyd George öfters zu amtlichen Erklärungen bedient, vor Vertretern der englischen Presse in Genua ausdrücklich erklärt, daß durch die Rede Poincarés, die ohne jede vorherige Verständigung mit den Alliierten erfolgt sei, eine endg. Lage geschaffen sei. Er mache darauf aufmerksam, daß Frankreich gelegentlich der Besetzung von Frankfurt ausdrücklich zugesagt habe, daß es niemals wieder ohne die Alliierten zu Sanctionen schreiten werde. Poincaré wolle offenbar allein handeln und die Lage nur dadurch verschärfen. Wenn die französische Politik es darauf anlege, Rußland und Deutschland immer weiter ins Elend zu stoßen, dann treibe es die beiden Länder mit Gewalt dazu, sich zusammenzuschließen und sich in dem Kampf gegen den Westen zu verbünden. Das britische Reich weigere sich, eine solche Politik zu fördern oder zu betreiben. Es habe nicht im geringsten Angst vor einer deutschen oder russischen Gefahr, sondern es sei fest entschlossen, alles zu tun, was in seinen Kräften liegt, um zu verhindern, daß Europa in ein neues Blutbad gestürzt werde. Aus diesem Grunde wolle England, wenn irgend möglich, mit dem russischen Volke Frieden halten, welches auch der Charakter und das System seiner Regierung sei.

Nach weiteren Meldungen aus Genua soll Lloyd George, falls sich Frankreich aus Unzufriedenheit der Rede Poincarés von der Geneser Konferenz zurückziehe, nach London zu eilen und das Parlament um Unterstützung ersuchen; die Konferenz würde dann vermutlich fortgesetzt werden.

Poincaré senkt ein.

Der heftige Widerspruch, den die Ankündigung Poincarés über das selbständige Vorgehen Frankreichs in England hervorgerufen hat, scheint der französischen Regierung doch zu denken gegeben zu haben. Poincaré sucht einzulenken und lädt durch die Pariser Presse erklären, daß seine Neuerungen über eine etwaige Sonderaktion falsch (?) ausgelegt worden seien. Er versichert jetzt, Frankreich werde sich stets strikt an den Versailler Vertrag halten. Falls der Wiedergutmachungsausschuss am 31. Mai ein gewolltes Verfahren von Deutschland nicht feststelle, werde Frankreich keine Sonderaktion unternehmen, wenn es auch selbst an ein gewolltes Verfahren glaube. Falls der Ausschuss ein gewolltes Verfahren aber feststelle, und die Verbündeten davon in Kenntnis setze, werde sich Frankreich auf Grund des Vertrages für berechtigt halten, gegebenenfalls auf eigene Faust vorzugehen.

Wenn Poincaré jetzt behauptet, seine Ausführungen in Var-le-Duc seien missverständlich worden, so will er mit dieser Erklärung wohl nur seinen Rückzug beschützen. Tatsächlich hat er in seiner Rede den Eindruck erweckt, daß die Entscheidung der Reparationskommission für das Vorgehen Frankreichs nicht maßgebend sei und daß Frankreich auch dann in Deutschland einmarschieren könne, wenn die Reparationskommission entgegen der Ansicht Frankreichs keine schuldhafte Verfehlung Deutschlands feststellen zu können glaube. Die Einschränkung, die Poincaré jetzt seinen Worten gibt, ist sehr wesentlich und stellt eine gewisse Verminderung der unmittelbaren Gefahr für Deutschland dar, ohne sie jedoch aus der Welt zu schaffen.

Politische Rundschau.

Berlin, 27. April 1922.

In Antwerpen ist das deutsche Generalkonsulat eröffnet worden. Es wird von Generalkonsul Granour geleitet.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld wird Anfang Mai seinen Amtsbefehl bei der badischen Regierung in Karlsruhe machen und dann neuerdings die Pfalz besuchen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag der drei sozialistischen Fraktionen, den 1. Mai in den städtischen Verbänden als Feiertag geltend zu lassen, mit 106 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Die Neuordnung der Beamtengehälter. Der Beamtenausschuss des Reichstages hat nach der Osterpause wieder seine erste Sitzung abgehalten, zu deren Beginn ein Schreiben des Finanzministeriums des Inhalts zur Verlehung kam, daß die vom Ausschuss gewünschte Regierungserklärung über neue Maßnahmen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten im Augenblick noch nicht abgegeben werden könnte, weil wegen der Teilnahme des Finanzministers an den Verhandlungen in Genua eine endgültige Stellungnahme der Regierung noch nicht hätte erfolgen können. Der Ausschuss beschloß, sich mit dem Schreiben der Regierung nicht befriedigt zu erklären, sondern mit Absicht darauf, daß mit den Gewerkschaften schon Verhandlungen stattgefunden hätten, die Regierung um Aufsicht über diese Verhandlungen zu erlangen. Die neuen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern unter Hinzuziehung der Mitglieder des Reichstagssausschusses für Beamtenangelegenheiten beginnen am 1. Mai.

Ein Reichs-Schutzgesetz. Dem Reichstage wird nach seinem Wiederzusammentritt im Mai ein Reichsrahmengesetz für die Versorgungsverhältnisse der Schutzpolizei vorgelegt, das einheitliche Rahmenbestimmungen für die Schutzpolizei der Länder und die Art der Versorgung und späteren Weiterbeschäftigung der Polizeibeamten erlassen soll.

Vor der Übergabe Oberschlesiens. Die Interalliierte Kommission für das oberschlesische Abstimmungsgebiet kündigt in einem Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens, der von den Generälen Le Rond, Marin und Hennekes unterzeichnet ist, die unmittelbar bevorstehende Übergabe der oberschlesischen Gebiete an Deutschland und Polen an. In dem Aufruf heißt es:

"Anfang Mai sollen die Vertreter der deutschen und der polnischen Regierung von der Interalliierten Kommission nach Oppeln berufen werden, um die Übergabe der öffentlichen Verwaltung an die deutschen bzw. polnischen Behörden vorzubereiten. Dieser ungewöhnliche Zustand rechtfertigt ungewöhnliche Maßnahmen. Seinen Friedensförderer soll Gelegenheit gegeben werden, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Alle friedliebenden Menschen dieses Landes müssen es sich vorbehaltlos und im Einerneinander mit den anderen angelegen sein lassen, alle Ungezügeln im Hause zu halten, unüberlegten Handlungen vorzuhören und überall und bei jeder Gelegenheit die Sprache der Vernunft zu führen. Möge also die Bevölkerung Oberschlesiens Selbstbeherrschung üben, möge sie ihre Ruhe und Würde bewahren, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, in Ruhe und Frieden ihre Machtausübung auf Deutschland bzw. Polen zu übertragen."

Es hätte genügt, wenn die Interalliierte Kommission ihre Ermahnnungen nur an die Polen gerichtet hätte. Auf deutscher Seite hat man seit Beginn der Besetzung Oberschlesiens durch die alliierten Truppen nichts Vernünftiges und Selbstbeherrschung bewiesen, was man von den polnischen Schülern des Generals Le Rond nicht gerade behaupten kann.

Polnische Verkündungen in Paris. Nach Warschauer Meldungen hat die polnische Regierung den Gesandten in Paris beauftragt, dem Botschafterrat eine Note zu überreichen, in der auf eine angebliche Tätigkeit von Geheim-Organisationen in Oberschlesien hingewiesen wird. In diesem Zusammenhang verdient auch die Meldung Beachtung, daß der Polenführer Korsanty in Paris eingetroffen ist. Gleichzeitig hat sich General Le Rond von Oppeln nach Paris begeben. — Die polnische Note stellt nichts anderes als den Bericht dar, daß die öffentliche Augegenmark von der lebhaften Tätigkeit der polnischen militärischen Geheimorganisationen und der verschiedenen Bünde ehemaliger Aufständischer abzulenken und nach dem Vorbild der polnischen Presse die bedauerlichen Ereignisse als Taten des angeblich deutschen Selbstschutzes hinzustellen.

Ein Gesetz über Mietrechts und Mieteinigungskräfte. Das die Kündigung von Mietverträgen regelt und über das Verfahren vor dem Mieteingangskräften bestimmt trifft, liegt im Entwurf dem Reichsrat vor. Das Gesetz soll gleichzeitig mit dem lediglich Vorschriften über die Höhe der Mieten enthaltenden Reichsmietengebot, zu dessen Ergänzung es bestimmt ist, am 1. Juli ds. J. in Kraft treten.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse. Ist auf der Grundlage des von den beauftragten Kommissionen fertiggestellten Entwurfs am 25. April 1922 von den Bevollmächtigten des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungswesen und des Reichsverbandes der deutschen Presse, der Organisation der Redakteure, abgeschlossen worden. Zugleich ist für die dem Entwurf angefügte Vereinbarung die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch das Reichsarbeitsministerium beantragt worden.

Eigenes Postschiedamt für das Saargebiet. Am 15. Mai wird für das gesamte Saarland ein eigenes Postschiedamt errichtet, das sowohl Bahnungen im Saarstaat überwacht als auch nach Deutschland und Frankreich. Nach Deutschland erfolgt die Überstellung in Marktstraße, nach Frankreich in Frank.

Apostolische Delegation in Danzig. Nach polnischen Meldungen hat die päpstliche Kurie beschlossen, für den Freistaat Danzig eine eigene apostolische Delegation zu schaffen. Im Bereich der Autonomie des Delegierten werden alle Angelegenheiten sein, die bisher der Kompetenz des Kulmer und Ermländer Bistums unterstanden. — Damit hat der Bischof einen Aufweg gesucht, weil die deutschen Katholiken in der freien Stadt Danzig dahin vorstellig geworden sind, das kirchliche Gebiet Danzigs vom polnischen Bistum Kulm abzutrennen und dem deutschen Bistum Ermland zugeschlagen. Als erster Delegat wird der Bischof von Riga, Graf Theodor O'Rourke genannt.

Auf Grund des Erfolges der französischen Kostbarkeiten wird die Sowjetregierung für 6 Millionen Goldruble Gewichte für die Hungernden anlaufen.

Die Hochzeit des Königs von Südmawien wird am 1. Juni in Belgrad stattfinden.

In Island wurde von meuternden Truppen der Brigadegeneral Adamsen erschossen. Eine Unzahl aufrechter Offiziere ist verhaftet worden.

Ein amerikanisches Kreuzschiff hat Gefecht erhalten, wegen der unruhigen Lage in China sofort dorthin abzuwenden und die amerikanischen Interessen zu schützen.

Zum hundertjährigen Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung Perus soll im Lande ein großes Freiheitsdenkmal errichtet werden. Zu dem internationalen Wettbewerb, der dazu ausgeschrieben wird, sind auch fünf hervorragende deutsche Bildhauer eingeladen worden.

Frankreich: Poincaré's Gedanktante.

Der Ministerpräsident Poincaré wird bei seiner Reise gegen Deutschland von den Mitgliedern seines Kabinetts tatsächlich unterstützt. Der durch seine Wiesamkeit auf der Washingtoner Abstimmungskonferenz bereits fast vollständig bekannte Kolonialminister Carrat, der als Abgeordneter der Sozialistisch-Stabifalen Partei angesehen und Vorsitzender des Generalrates des Departements Aude ist, erklärte bei Eröffnung des Generalrates u. a.: Frankreich, das so viel Blut vergossen habe, könne es nicht hinnehmen, angesichts der neuen Bedrohung (?) wiederum wehrlos dastehen. Wenn eine Gefahr für den Weltfrieden besteht, eine tatsächlich greifbare Gefahr, so sei es nicht die unsinnige

Gedanke von jenem Imperialismus, den eine ebenso niedrige wie sogenannte Propaganda Frankreich zuschreibt. Eine Gefahr würde nur darin bestehen, wenn die Schwäche der Nationen die einzigen unbefriedigten seien. Einmal den Krieg entfesselt hätten und aus ihrer Straflosigkeit nun mehr den Mut herleiten würden, es zum zweiten Male zu tun, in der Gewissheit, daß sie dabei keine Gefahr seien.

Italien: Die Genua-Delegationen auf der Mailänder Messe.

Auf Einladung der italienischen Regierung begaben sich Vertreter fast aller in Genua anwesenden Delegationen nach Mailand zum Besuch der dortigen Messe. Von deutscher Seite nahmen Staatsrat v. Meissel und Geheimer Regierungsrat Norden an der Veranstaltung teil. Den Vertretern der Delegationen wurde von der italienischen Regierung, dem Bürgermeister der Stadt Mailand und der Leitung der Messe ein sehr herzlicher Empfang bereitet.

Lloyd Georges Friedenspakt.

Genoa, 26. April. Der englische Premierminister hat einen Vertragsentwurf zur Verhütung von Angriffen unter den Bölkern ausgearbeitet, über den zurzeit zwischen den Alliierten eingehend beraten wird. Es soll sich um eine Übertragung des Bierervertrages von Washington auf die europäischen Verhältnisse handeln. Der Text beginnt mit der Erklärung, daß es wünschenswert sei, den Frieden zu verstärken und die Entwicklung zu erleichtern. In zwei Artikeln wird bestimmt, daß die unterzeichnenden Nationen sich verpflichten, sich nicht anzugreifen, und daß im Falle einer Verletzung des Abkommen die Nationen sich gegenseitig ins Benehmen sehen, um den Frieden wiederherzustellen. Das Dokument enthält keinerlei Sanctionen in seiner jetzigen Form.

Deutschland gegen den Zollkrieg.

Genoa, 26. April. Bei den Verhandlungen der Wirtschaftskommission wandte sich der deutsche Delegierte Staatssekretär Hirsch gegen den allgemeinen Zollkrieg gegen Deutschland. Das Interesse der Weltarbeit im ganzen verlangt gebieterisch die Rückkehr normaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Der gegenwärtige Zustand kann nicht anders bezeichnet werden als ein System des allgemeinen Zollkriegs, gemildert durch einseitige Weisbegünstigung gegenüber einigen Ländern. Dabei seien die Kräfte so verteilt worden, daß die an sich schwächeren Länder den anderen die Weisbegünstigung zu gewähren haben. Die zerstörende Wirkung dieses Zustandes für alle liege auf der Hand, denn niemand könne ein laufstötiger Abnehmer sein, wenn er selbst seine Produktion nicht abziehen kann. Darüber hinaus seien aber gerade diese handelspolitisch schwächeren Staaten diejenigen, auf denen die schwersten finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland lasten. Zur Abtragung dieser Verpflichtungen gebe es nur ein einziges Mittel: Zahlung mit dem Ertrag der Arbeit, d. h. durch Ausfuhr von Gütern. Aber gerade diejenigen Staaten, die die Zahlung ihrer Forderungen verlangen, verhindern mit Einfuhrverboten und ungeheuren Zollschabtagungen die einzige mögliche Durchführung der Schuldenabtragung.

Erweiterung des Obersten Rates?

Berlin, 26. April. Wie ein polnisches Blatt behauptet, hat Poincaré an zuständiger Stelle beantragt, die Mitgliederzahl des Obersten Rates zu vermehren und Polen sowie die Kleine Entente zu den Beratungen und Beschlusssitzungen dieses Gremiums einzuladen. Das würde in etwa mit den Meldungen der Pariser Presse in Einklang zu bringen sein. Weniger allerdings mit dem Versailler Vertrag, aus dem unzweckmäßig hervorgeht, daß als Oberster Rat die Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte anzusehen sind.

Schwere Augenoperation Rappo.

Leipzig, 26. April. Dem Generaldirektor Dr. Rappo, der wegen eines Geschwulses in der linken Augenhöhle operiert wurde, mußte, da die Geschwulst bereits große Abschnitte der Augenhöhlenwandung ergriffen hatte, das linke Auge entfernt werden, ebenso die erkrankten Teile des Schädels in großer Ausdehnung. Das Allgemeinbefinden Rappo ist entsprechend der Schwere und der langen Dauer der Operation erheblich beeinträchtigt. Die Arzte hoffen, das rechte Auge zu erhalten.

Mitteldeutsche Ausstellung in Magdeburg. Der umfangreiche Bauhandwerkerkreis in Mitteldeutschland, durch den die Mitteldeutsche Ausstellung Magdeburg 1922 beeinträchtigt wurde, hat seine endgültige Beendigung gefunden. Mühsame Schritte nunmehr die Bauarbeiten auf dem Ausstellungsgelände wieder vorwärts. Die Großfertigung ist endgültig auf den 1. Juli 1922 festgelegt. Schön in Mitleide werden 30 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche verfügbar sein. An dem festgelegten Tage wird die Mama ihre Tore öffnen und einen eindrucksvollen Beweis liefern für den ausgeprägten Wiederaufbauwillen weiterer Wirtschaftskreise Deutschlands. Die gesamte Ausstellungsfläche ist voll besetzt. Der Reichspräsident und die Spitzen der Landesbehörden haben ihr Erscheinen zur Eröffnung der Mama zugesagt. Die Ausstellung dauert bis zum 31. Oktober.

Die Mustermesse in Basel. In Basel ist die 8. Schweizer Mustermesse eröffnet worden, die von ungefähr 750 Ausstellern besucht wird. Die Zahl der Aussteller ist gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen, was auf die schwierige Wirtschaftslage der Schweiz zurückzuführen ist. Hauptsächlich ist auf der Ausstellung das Kleingewerbe vertreten.

Berlin, 26. April. Die kräftige Erholung der Devisentur hatte eine wesentliche Befestigung der Wertpapiere zur Folge. Aufrechte Preissteigerungen auf fast sämtlichen Gebieten bildeten die Regel. Das Geschäft erreichte bei Beginn eine größere Ausdehnung, legt aber sofort nach Festsetzung der ersten Kurse nach.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amüsanten Notierungen der Berliner Börse am

	26. 4.	25. 4.	1914
100 holländische Gulden	10586	9563	167,-
100 belgische Franken	2401	2157	80,-
100 dänische Kronen	6912	5358	112,-
100 schwedische Kronen	7260	6546	112,-
100 italienische Lire	1528	1363	80,-
1 englischer Pfund	1240	1113	20,-
1 Dollar	279	252	4,20
100 französische Franken	2835	2389	80,-
100 schweizerische Franken	5578	4903	80,-
100 österreichische Kronen	548	498	-

Beilage zur Weißen-Zeitung

Nr. 99

Freitag den 28. April 1922

88. Jahrgang

□ **Keine Schlüsselkarte für Viehhändler mehr.** Im Fleischgesetzblatt wird demnächst ein Gesetz über die Fleischversorgung veröffentlichten, nach welchem die den Viehhändlern, Viehmarkten, Schlachtern und Fleischwarenfabrikanten auferlegte Verpflichtung zur Ausstellung von Schlüsselkarten über sämtliche von ihnen getätigten Viehhandlungen aufgehoben und lediglich den Landeszentralbehörden die Gewährleistung erteilt wird, auf Schlachtviehmärkten zu prüfen der Feststellung von Preis und Gewicht bei Tiere Vorschriften zu erlassen und Einrichtungen anzutreiben, insbesondere auch den Schlüsselzettel vorzuschreiben. Das gleiche gilt für den Handel nach Lebendgewicht.

□ **Zusammenschluß der Theaterintendanten.** In Weimar haben sich die Intendanten der Staats- und der städtischen Theater auf einer stark besuchten Tagung zu einer Vereinigung deutscher Theaterintendanten zusammengetroffen. Zweck der Vereinigung ist hauptsächlich Sicherheit und Wahrung des organisatorischen Einflusses bei den Theatertagezeugebenden Körperverfassungen. In den Vorstand wurden gewählt: Jessner-Berlin, Vorsitzender, Tauber-Chemnitz, stellvertretender Vorsitzender, Dr. Maurach-Dortmund, Christlicher, Berg-Ehler-Ultenburg, Kassierer.

□ **Holzarbeiterausperrung in Hamburg.** Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie in Hamburg und den Nachbarländern beschloß einstimmig, sämtliche Holzarbeiter auszusperren, da der Holzarbeiterverband den Streik angeordnet habe, ohne daß alle Verhandlungs- und Einigungs möglichkeiten erschöpft gewesen seien. — Die Schnarverhandlungen im rheinisch-westfälischen Raum werden nunmehr rechts durchgeführt.

□ **Mit Methylalkohol vergiftet.** Im Hamburger Hafen ereignete sich ein schreckliches Unglück. Bei dem Entladen des Dampfers „Wathead“ zeigten einige mit Methylalkohol gefüllte Fässer undichte Stellen. Die beim Entladen beschäftigten Schauerleute hielten die Flüssigkeit für Alkohol und tranken trotz Warnung von dem gefährlichen Methylalkohol. Sämtliche Arbeiter erkrankten schwer. Im Krankenhaus sind bereits sechs gestorben.

□ **Die Luxusjacht als Doppel-schraubendampfer.** Die frischere Luxusjacht des Großherzogs von Oldenburg „Lensa“ ist als Doppel-schraubendampfer umgebaut worden und tritt am 6. Mai ab Bremen eine Reise nach Portugal, Spanien, Nordafrika und Italien an.

□ **Erschwerte Einwanderung nach Amerika.** Der amerikanische Senat hat den Entwurf des Einwanderungsgesetzes dahin abgeändert, daß Einwanderer aus den Grenzstaaten der Vereinigten Staaten fünf Jahre

dort gelebt haben müssen, bevor sie um Naturalisierung nach Amerika einkommen können. Der Zweck der Einwanderung ist, der Einschmuggelung von Einwanderern durch die Nachbarländer der genannten Staaten ein Ende zu machen.

□ **Die Peier des 102. Geburtstages** beging der seit 80 Jahren im Ruhestand lebende Bahnhofsvater Christian Blase aus Welbergen bei Herford.

□ **Münchener Zimmermacher.** In einer Entschließung der Münchener Mittelpartei wird darauf hingewiesen, daß die meisten Münchener Fremdenheime zur Zeit an Dauermieter keine Zimmer mehr abgeben, da die Besitzer die bestimmte Erwartung hegen, in diesem Sommer für ein Zimmer 500 bis 600 Mark für den Tag bezahlt zu bekommen.

□ **Verhaftung eines Arztes wegen Kapitalverschwendungen.** Der praktische Arzt Dr. Johann Momper wurde in Würzburg wegen versuchter Kapitalsverschwendungen ins Ausland verhaftet.

□ **Dorfbrand in Pommern.** In Grubenhagen bei Rügenwalde wurden zehn Gehöfte und das Schulgebäude durch ein Großfeuer völlig eingedroschen. Das Feuer brach auf dem Boden eines Bauernhauses aus, während die Bewohner auf dem Felde waren. Da die Häuser dort meist noch mit Stroh gedeckt sind, sprang das Feuer schnell auf andere Gehöfte über. Beim Gehöft und das Schulgebäude wurden vollständig eingedroschen. Nicht weniger als 22 Feuerwehren der Umgegend waren mit den Löscharbeiten beschäftigt. Der Gebäudeschaden wird allein auf sechs Millionen Mark geschätzt. Zahlreiche Familien sind obdachlos. Das Vieh konnte zum größten Teil gerettet werden.

□ **Eine Klavierlehrerin ermordet.** Die 44jährige Klavierlehrerin Lobenstein in Graz wurde von einer ihrer Schülerinnen ermordet mit eingeschlagener Schädeldecke aufgefunden. Es liegt zweifellos Mord vor.

□ **Vier Fischer ertrunken.** Auf dem Gudeladsee bei Lindow (Prov. Brandenburg) ereignete sich ein schweres Unglück. Vier Fischer waren nach dem Rhein gefahren, um Stangenholz zu holen. Bildlich tenterte das eine Boot, in dem sich zwei Fischer befanden. Die beiden wollten sich nun nach dem anderen Boot hinüberretten, doch auch dieses kippte um und alle vier ertranken.

□ **Schweres Automobilunglück in Frankreich.** Ein Automobilomnibus stürzte auf der Autobusstraße La Chapelle-en-Brenevres-Saint Hilaire in die Schlucht zwischen Sainte Eulalie und Pont-en-Oisans ab. 15 Personen wurden verletzt, davon eine schwer.

□ **Ein plattlosen Betrüger** wurde in der französischen Stadt Nîmes enttarnt und verhaftet. Der Gauner hatte sich von den Familien Kriegsgefallener Vorschüsse geben lassen, um angeblich die Toten in heimatlicher Erde bestatten zu lassen. Es handelt sich meist um Vorschüsse von 200—300 Franken. Der Schwindler ist auf diese Weise in den Besitz von großen Summen gelangt.

□ **Unter Wasser explodiert.** In Ambly am französischen Ozean kanal stieß ein Schiffer, als er sich mit dem Bootshaken auf dem Grunde abstieß, auf eine im Wasser befindliche alte Granate. Es erfolgte eine starke Explosion. Der Schiffer wurde getötet.

□ **Die britische Mount-Everest-Expedition** hat die erste Etappe ihrer Reise glücklich beendet und erreichte Camp Udzong.

□ **Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Buchdrucker Alfred Wolf,** in Düsseldorf ist nach Veruntreuung von 16 000 Mark Parteidollaren flüchtig geworden.

□ **10 000 Mark Geldstrafe für Kartoffelsandler.** Das Buchgericht in Koblenz (Rheinland) verurteilte den Landwirt Franz Doetsch, der im Februar für den Rentner Kartoffeln 300 Mark gefordert hatte, zu 10 000 Mark Geldstrafe.

□ **Der Knabengeburtstag in Japan.** In Japan gibt es einen Festtag, wie ihn ähnlich wohl kein anderes Land der Erde aufweist. Alljährlich am 3. Mai wird nämlich der Geburtstag aller japanischen Knaben gefeiert. Es ist also in Japan nicht so wie bei uns Brauch, den Geburtstag jedes einzelnen Knaben eigens zu begehen, sondern der 3. Mai gilt vielmehr als gemeinsamer Geburtstag aller männlichen Wesen. Auch das Alter der Männer wird nach dem 3. Mai nicht nach dem wirklichen Tag ihrer Geburt berechnet: nur das Jahr der Geburt wird natürlich nach dem eigentlichen Geburtsdatum bestimmt. Der gemeinsame Knabengeburtstag wird selbstverständlich immer sehr feierlich begangen, wobei ein Hauptvergnügen das Stegenlassen riesiger bunter Papierdrachen bildet, an die man oft noch kleine Laternen und Neolsharzen befestigt, so daß sie leuchtend oder unter leisem Klimmen durch die Luft fliegen. Um zu zeigen, mit wieviel Knaben jedes einzelne Haus gesegnet ist, werden am gemeinsamen Knabengeburtstag jeweils so viel Papierdrachen, wie Knaben in der Familie sind, vor die Häuser gehängt, und je mehr solcher mächtigen Fähnen, die in der Regel die Form von Fischen haben, vor einem Hause in der Luft flattern, um so stolzer ist natürlich die betreffende Familie, während ein Haus ohne jeden Fähnenschmuck gewöhnlich nur mit Mitleid betrachtet wird.

V. GEMEINDE VON HENRI. Das letzteige des Insel im Atlantischen Ozean, der lezte Küstenthal ist Napoleons I., zählt heute nur noch 8800 Einwohner, da die in der Hauptache aus Regen beschädigte Bevölkerung angesichts der schwierigen Erwerbsverhältnisse mehr und mehr nach der Kapkolonie auswandert. Unter diesen 8800 Einwohnern befinden sich sechs Weinhandler und drei Apotheker, was nicht eben auf besondere Gesundheit der Bewohner schließen lässt. Dafür ist es nach den Ermitelungen des Pariser "Oeuvre" um die Tugend der wenigen Bewohner Sankt Helens umso besser bestellt. Postlagernde Sendungen sind, wie das Pariser Blatt mitteilen weiß, streng untersagt, weil man hinter diesen Schiffsendungen unlautere Absichten vermutet; und dem gleichen moralischen Grunde ist es auch streng verboten, der Post Sendungen anzuertrauen, die gegen Sitte und Unstand verstößen.

VI. DER "SCHWARZE MANN" AUF DEM JAPANISCHEN THEATER. Nach heute ist es auf vielen japanischen Theatern Brauch, daß jedem Schauspieler ein "schwarzer Mann" zugeteilt wird, der ihm während des Spiels stumm aber unablässig, wie sein eigener Schatten, folgt. Dieser sogenannte "Kurambo" ist in ein dunkles braunes Gewand gehüllt, das ebenfalls schattenhaft wirkt; der Kopf steht in einer Kapuze; über das Gesicht läuft ein Schleier, und in der Hand hält diese gleich einem geheimnisvollen Spuk hinter dem Schauspieler her schlechende Gestalt einen langen Bambusstab mit einer Laterne. Die Aufgabe des "schwarzen Mannes" besteht darin, in wichtigen Augenblicken, wenn die Mimik des Schauspielers besonders wirksam ist, schnell und scharf das Licht der sterlichen Laterne auf das Gesicht des Schauspielers fallen zu lassen, so daß ihm das Publikum besser sehen kann. Trotz wiederholter Versuche hat man diese alte Sitte nicht abschaffen können, da besonders die großen japanischen Schauspieler schwer von dieser Extraleuchtung ihrer mimischen Glanzleistungen lassen wollen.

Der Herrenreiter.

Roman von Robert W. W.

(1. Fortsetzung.)

"Fünfzehnhundert Dollars!" rief Miss Godwin.

Wieder zuckten die Leute die Achseln.

Es tat ihnen ja leid . . . die kostbaren Pferde — und besonders dieser prachtvolle Gaul!

Aber wer wollte sein Leben riskieren, wenn auch das Geld magisch kostete?

Dietrich sah sich um. Überall nur abweisende Miene . . .

Tränen weinten und fragten in verzweiter Todesangst mit unsagbaren Jammerläufen die kostbaren Stuten.

Er zog einen Gummimantel über, den er schnell einem Stallknecht vom Leibe riss. Eine Rauchmaske wurde ihm gebracht, die zur Ausrüstung des Feuerwehrwagens gehörte.

Dann ließ er sich mit Wasser begießen.

Die Hand Miss Godwins legte sich fest auf seine Schulter. Sie glittete, war totenbleich.

"Gaffen Wie's gehen?"

"Bah — bah! Schlimmstenfalls lebe ich um."

"Nein — ich bitte Sie . . . nein! — Ihr Leben . . ."

Dietrich riss sich los.

Mit weit aufgerissenen Augen, in denen das Grauen flackerte, starnte sie ihm nach. Ein leises Blitzen ließ durch ihren Körper.

Dieses Schweigen ringsumher, nur von dem Brummen und Krachen des entfesselten Elementes und den Klageklängen der brennenden Tiere unterbrochen!

Eine Ewigkeit verging . . . Dietrich kam nicht wieder.

Miss Gladys schloß die Augen. Nur nichts mehr sehen! —

Ein tobendes Gebrüll aus den rauen Rehen wedete sie endlich aus ihrer Erstarrung.

Zwei schwarze, beinahe unkenntliche Gestalten, brachen vor ihr zusammen. Alles stürzte sich über sie, hüllte sie in nasse Decken ein.

Als Gladys wieder zum Bewußtsein kam — ihre Jungfer bemühte sich mit Wasser, Schwamm und Tuch um sie — fragte sie schnell: "Er lebt?"

"Beide leben. Goodhope wird vielleicht eingehen."

"Ich habe dich nach ihm gefragt."

"Er ist in Ohnmacht gefallen — Rauchverglistung

und Brandwunden."

Sie erhob sich schnell.

"Ich werde ihn pflegen."

*

Selbst Wochen schlügen sie alle auf den Gehlen umher in der kleinen Villa der Herrin, in der man ihm ihr eigenes, lustiges Schlafzimmer eingeräumt hatte.

Unsangs zuckte der Arzt nur zweideutig die Achseln, wenn sie ihn fragte.

Die Brandwunden selbst heilten zwar wunderbar schnell. Über die Rauchverglistung, in Kombination mit einer Stirnverletzung und Gehirnerschütterung, die ein fallender Giegel oder Balken verursacht, war recht bedenklich. Lunge, Herz, Hirn waren angegriffen — hohes Fieber stellte sich ein. Dietrich phantasierte von Feuer, von Kriegsreitern, von Manduren, Krieg und Gefahren.

Gladys berief die beiden hervorragendsten Aerzte New Yorks zur Konsultation. Der eine gab Hoffnung, der andere zuckte die Achseln.

"Man müsse abwarten . . . Wenn keine Gehirnhautentzündung hinzuträte . . ."

Beide wiesen sie auf die jugendstarke Natur des Kranken.

Und diese Natur half wirklich. Eines Morgens war das Fieber verschwunden. Einige Tage später konnten verschiedene wohltätige Stiftungen ihrer gütigen Wohltäterin den ergebensten Dank abstellen. Auch Stall-Leute auf Godwin-Court schmunzelten: die Herrin hatte sich dankbar erwiesen.

Mister Joe Godwin ging mit großen Schritten in dem kostbaren Drawingroom seiner Tochter in seinem Neuhauser Stadthause auf und ab. Gladys hatte ihm

wieder zugesetzt, daß sie entzücken wollten, daß Deutschen ihre Hand zu reichen.

"Ein sehr sympathischer junger Mann, ohne Zweifel!" erwiderte der kleine Herr diplomatisch nach dieser Eröffnung. — "Aber ich hatte mir eigentlich gedacht, daß Joe Godwins Tochter anders —"

"Du denkst an die Firma, Va. Ich habe mir das schon alles überlegt. Wir werden später eine Aktiengesellschaft daraus machen, in die Dietrich treten wird. Er ist klug und geschäftsgewandt. Er wird sich, mit Mister Scapp und seinem Geschäftsstab an der Seite, auch darein finden."

"Nun ja — ich zweifle nicht . . . ein sehrninger Bursche! Aber ob er das will?!"

Sie blieb mit ihren grauen, klaren und fühlenden Augen erstaunt den Vater an:

"Wie so will?"

"Nun, diese Deutschen sind ganz eigenartliche Leute."

"Er ist ein Dummkopf. — Uebrigens, wenn er sich ganz dem Sport widmen will — auch gut!"

"Vielleicht möchte er noch lieber nach Deutschland zurückkehren."

"Wir werden Deutschland natürlich besuchen auf unserer Europatour."

"Ich meine natürlich für immer . . . zurück zu deutsche Dienste. Er ist Offizier . . ."

Die junge blonde Dame lachte hell auf — sie lacht, wie über einen guten Wit.

"Man tut doch keine Sklavendienste, wenn man Herr sein kann, Herr eines solchen Vermögens."

"Nun — du kennst diese Leute nicht, meine Liebe. Sie sehen das von einem anderen Standpunkte an wie wir."

"Es gibt nur den der Vernunft. So wenig, wie Mister von Amstel jetzt einen anderen Stall leiten würde . . . Bah, es lohnt nicht, darüber zu reden."

"Jedenfalls hast du darüber schon mit ihm gesprochen?"

"Nein — wozu? — Uebrigens" — Ihre Stimme zitterte in leiser Verlegenheit — "weiß er überhaupt noch nicht, daß ich — daß er . . ."

"Was?"

"Nun — daß ich ihm meine Hand zugedacht. Es ist noch so schwach. Wozu ihn jetzt schon aufregen!"

Joe Godwin lachte leise und es klang, als ob die Rädchen einer kleinen, feinen Maschine sanft schnurrteten.

"Meine Liebe Gladys — verzeih! Trotzdem ich von deiner lieben, seligen Mutter her an manche Selbstsinn gewöhnt bin . . . und du selbst schon als Kind zuweilen . . ."

Wieder rasselten die Rädchen der Maschine.

Er setzte sich dicht neben sie und schaute sie interessiert, wie etwas Merkwürdiges, an.

"Es könnte ja sein, daß er doch nicht will . . . Neberhaupt nicht heiraten — oder daß ihm eine andere besser gefällt als Joe Godwins Tochter."

(Fortsetzung folgt.)

ve Godwin ging mit großen Schritten
en Drawingroom seiner Tochter in seinem
adthause auf und ab. Gladys hatte ihm

besser gefällt als Joe Godwins Tochter."
(Fortsetzung folgt.)

Verbeffierungskosten sollten vom Umfe übernommen werden. 1666 wurden größere Röhrenlegungen, besonders über die Brücke des Niedertores vorgenommen. Eine Jahreszahl, 1676, im Steinbrunnenschachte lässt auf größere Bauten schließen. 1711 wurde für den 4. Teil des Steinbrunnenwassers der Regierungsbeitrag auf jährlich 10 Taler 2 Groschen $2\frac{1}{4}$ Pf. festgesetzt und bis 1833 fortgezahlt. 1781 empfing der Röhremeister 13 Taler 16 Groschen. 1836 wurde die Ergiebigkeit des Steinborns am Niedertor gemessen und auf die Minute 88 Dresdner Kannen = $82\frac{1}{3}$ Liter stark befunden. Das Schloß empfing nicht den vierten, sondern den achten Teil, was auch 1837 festgestellt und als Betrag für die Zukunft bestimmt wurde. Längst hatte man vor dem Oberstor eine Pumpe zur Ergänzung der Wasserleitung erbaut, da naturgemäß dieser Stadtteil am meisten dem Wassermangel unterlag. 1865 wurde, weil die Holzröhren oft sehr rasch verfaulten, eine neue Wasserleitungsanlage in Aussicht genommen, zunächst aber Erkundigungen aus den Orten, wo eiserne Röhrfahrten Verwendung gefunden hatten, einzuholen beschlossen. Nach dem Gutachten des Oberbergingenieurs Henoch von Altenburg, der die Wasserleitung in Plauen i. V. baute, beschloß man 1866, eine eiserne Wasserzuführung für den veranschlagten Betrag von 15 000 Tälern zu bauen, was jedoch durch den Krieg Verhinderung erfuhr. 1867 verwilligte die Regierung bezüglich des Wassers für das Schloß Unterwerbung unter die städtischen Vorschriften für die Wasserleitung, 15 Taler Wasserzins für den 8. Teil des Wassers, der neu zu legenden Leitung. Am 5. Juli 1867 schloß man einen Vertrag mit Henoch, welcher versprach, für den Betrag von 15 000 Tälern die eiserne Wasserzuführung einzurichten und 2 Jahre Gewähr zu leisten. Die Arbeiten begannen mit dem 15. August am Sammelbehälter, mit dem 30. die Rohrverlegung. Statt Ende November, gelang es bereits am 18. November die Arbeiten zu Ende zu führen. Am 19. November erfolgte die Uebergabe, nachdem die Anlage durch Oberingenieur Jäger aus Dresden und den Techniker Uhland aus Frankenberg geprüft und für gut befunden worden war. Der Sammelbehälter enthielt 5000 Kubikfuß, war 24 Fuß lang und breit und bis zum Abflusrohr 9 Fuß tief. Das Rohrnetz hatte eine Länge von 20 180 Fuß mit 31 Hydranten und 14 Ständern. Während anfangs nur einige Häuser Privatleitungen angemeldet hatten, bestanden 1884 schon 151. Der Druck im Sammelbehälter betrug 104 Kilogramm. Eine spätere Erweiterung kostete 35 000 Mark. Nach dem Anschlag des Ingenieurs Karl Jensen in Freiberg wurde 1904 ein neuer Hochbehälter an der Straße nach Elend auf dem Grundstück Flurbuch 632 errichtet, um das überschüssige Steinbornwasser nutzbringend zu machen. Der alte Behälter hatte nur 50 Kubikmeter Fassungsraum, der neue erhielt 400 Kubikmeter. Die Kosten hierzu einschließlich Rohrnetzausbau betrugen 20 000 M. 1913 übertrug man der Firma Jensen auch den Ausbau des neuen Wasserwerkes aus dem Langen Grunde oberhalb Schmiedeberg. Die Gesamtkosten erreichten die Höhe von rund 175 000 M. Am 8. April 1914 erfolgte die Prüfung der Anlage und die Inbetriebnahme derselben; desgleichen des Sammelbehälters in der Nähe des König-Johann-Turmes.

Dip
den Bo
Unterb
einen S
lich zu
besserer
und B
ist das
preisen
Stube
nicht n
der Ju

staltung
kronen
line, Co
vor, we
Klavier
Klavier
hoven,
eigene
Vorsta
Konzer
Schluß
Herold
suche,
Kapelle
Glück
ließ, er
gleichen
zum Ta
die Jug
wiegen.
schnell
anstaltu

bezirks
Glashü
3 w a n
w a l d
Auch d
Mitglie
lung fin
zur S
bezirk
eigenen
versam
ratung
vorstand
schlossen

Das säch
nung si
durch fo
tatur in

Eine zweite, aber ältere Wasserzuführung entnahm schon im 15. Jahrhundert in offener Zuführung das Wasser aus den Stößen und Teichen am Sonnenberg und am Reinholdshainer Wege, sowie aus den Wiesen an der Kreuzbach und führte das Wasser anfänglich im offenen Graben, später in steinernen Gerinnen über Jakob Findeisens Grund und Boden nach der Stadt. Letzterem gewährte man 1525 für die Kunst des Wasserweges einen Fischhälter unterhalb des Büttelborns und den dritten Teil des Brunnenablaufs. Das Leitungswasser ward am Obertor in die Stadt geführt, durchlief die Wassergasse, wodurch dieselbe ihren Namen erhalten hat, speiste Hofleitungen und Wasserbütten, und der Ablauf floß durch die Wassergasse unterhalb des Niedertores in den Stadtgraben, sodann beim Herzenberge nach den Teichen. An diese Leitung war z. B. Peter Steinbach, Bürger, angeschlossen, dem der Kurfürst August selbst 1572 zu Dippoldiswalde eine große Eiche aus dem Walde zur Anlegung eines Wasserstroges gegen Bezahlung bewilligte. Der Verwalter des zum Schloß gehörigen Vorwerkes vor dem Obertor (Postvorwerk), Basilius Dörner, war bemüht, das Wasser zu entziehen, vermutlich, um es zur Wiesewässerung zu verwenden. Auf Ansuchen des Rates wurde derselbe aber abgewiesen und der Amtsschösser auf kurfürstlichen Befehl vom 10. Mai 1643 beduetet, den Rat und die Stadt in ihren Wasserrechten zu schützen. Später ist die steinerne offene Leitung in eine unterirdische Holzleitung umgewandelt worden.

Im 16. Jahrhundert bestand auch eine dritte ähnliche Leitung, wie die Reinholdshainer, welche anscheinend die Vorstadt versorgte. Der Rat überläßt nämlich Sonntag nach Simonis Iuda 1537 dem Bürger Baumgart ein Stück Grund und Boden hinter der Ziegelscheune am Mühlgraben gegen Verwilligung eines steinernen Gerinnes, welches der Rat durch dessen Wiesengrund führen will.

Von den Leitungen waren vielfach Zweigleitungen abgezweigt. Eine solche besaß Andreas Remmler, dem Peter Lange 1546 versprach, daß Wasser aus Keller und Quellbottich durch seinen Hof gehen zu lassen. das Wasser bei Loses Hause wurde sogar im selben Jahre auf Tage an drei verschiedene Nachbarn abgegeben. Bis 1867 war das Vaterhaus des Verfassers, Herrengasse 92, durch eine Sonderleitung, am Obertor bei der Linde abgezweigt, versorgt, wie auch das Abfallwasser einer Bütte auf der Schuhgasse (vor dem oberen Teil der heutigen „Herberge zur Heimat“) nach dem Hause Nr. 110, der Buchdruckerei Carl Jehne, ebenfalls bis 1867, geleitet wurde.

Städtische öffentliche Beleuchtung.

Die alte Zeit kannte keine Stadtbeleuchtung. Man ging des Abends mit der Laterne aus, und Leute von Stand ließen sich durch einen Dienstboten mittels der Vortragelaterne heimleuchten. Später wurden einige Rüßölllaternen bei den wichtigsten Ecken an Häusern angebracht. 1850 war nachts der Markt noch in völlige Dunkelheit getaucht. 1851 enthielt Nr. 1 der „Weltzeit-Zeitung“ folgendes „Gebet eines Lichtfreundes in der Neujahrsnacht“:

Ach, lieber Gott, schenk' uns in diesem Jahr,
Damit es abends heller bei uns werde,
Das, was schon längst beschlossen war,
Zu leuchten uns auf dieser dunklen Erde:
Schenk' uns — wir wünschen all' es gerne —
Doch endlich eine Marktlaterne!

Der Vers wurde, namentlich auch in seiner Spize gegen die damaligen politischen Verhältnisse, viel beacht und tat auch seine Wirkung. Auf blau-schwarzen Laternenpfählen wurden nun einige viereckige Kubböl-Lichtspender aufgestellt. War man anfänglich mit der Anbringung von Beleuchtung sehr sparjam, so besserten sich doch die Verhältnisse mit Einführung der Erdollampen. Im September 1859 begann man für Gasbeleuchtung zu schwärmen, besonders für eine Verwendung von Holzgas. Stadtgutsbesitzer Karl Müller erbot sich sogar, mit Unterstützung der Stadt eine solche Anlage zu errichten, die Stadtverordneten waren aber absälliger Ansicht. Wie „Weißeritz-Zeitung“ schreibt dazu: „Wir halten die ganze Angelegenheit nur noch zur eine Frage der Zeit und glauben, daß nicht 10 Jahre verstreichen werden, und auch Dippoldiswalde wird seine Straßen und Häuser durch Gas erleuchtet sehen.“ Darin sollte sich nun Carl Jehne getäuscht haben. Erst im September 1882 kam es wieder zur lebhaften Aussprache, ob man nicht ein Gaswerk gründen und die Gasbeleuchtung einführen solle, doch gelangten die Verhandlungen zu keinem Ziele. Mittlerweile hatte die Wissenschaft in der Verwendung des elektrischen Stromes große Fortschritte gemacht, und der letzte war zahlreich in den Dienst der Städtebeleuchtung gestellt worden. Am 18. November 1893 wurde in Dippoldiswalde ein Vortrag über elektrische Beleuchtung gehalten, der den Wunsch nach einer solchen in den Mittelpunkt der Besprechlichkeit stellte. Mit dem 28. bzw. dem 30. November 1894 beschlossen Rat und Stadtverordnete einstimmig die Anlage einer elektrischen Zentrale in der Stadt durch das Haus W. Pöge in Chemnitz. Der 28. August 1895 stellte die neue Beleuchtung probeweise in den Dienst der Stadt. Die Uebernahme der ganzen Anlage geschah am 30. Oktober. Die Einrichtung größerer Ueberlandzentralen mit ihrer Verbilligung des Betriebes bestimmten die städtischen Körperschaften in gemeinschaftlicher Sitzung am 26. Mai 1914 zu dem Beschlusse, das hiesige Werk an die große elektrische Zentrale in Lichtenberg bei Freiberg anzuschließen. Endlich sollte auch nach 54 Jahren der Wunsch nach Gasbeleuchtung in Erfüllung gehen. In Mügeln bei Pirna war eine Gaszentrale zur Versorgung der Orte an der Zuglitz und Weißeritz gegründet worden. Nachdem die Leitung über die Dörfer bis Dippoldiswalde vollendet war, konnte am 16. Januar 1915 das Leucht- und Kochgas in Benutzung genommen werden.

Feuer und seine Bekämpfung.

Gewaltige Stadtbände, wie 1540, 1632, 1634 und 1828, eine große Anzahl andere Einschürungen ganzer Stadtteile, wie 1655, 1657, 1871, 1875 usw. lenken die Aufmerksamkeit auf die Feuerbekämpfung. Die

Dann ließ er sich mit Wasser begießen.
Die Hand Miss Godwins legte sich fest auf seine Schulter. Sie zitterte, war totenbleich.

Mit der Zoe Godwin ging in dem kostbaren Drawingroom seines Newyorker Stadthauses auf und a

feuergefährliche Bauweise in Holzfachwerk, mit Lehm verkleidet, unter Stroh- und Schindeldach, die ebenso feuergefährliche Arbeit der Schmiede, Bäcker, Fleischer, Brauer, Mälzer, Branntweinbrenner, Seiler (Pechsieden), Uebermut in der Zeit vor Aschermittwoch, wo nächtlich allerlei Torheiten verübt wurden, Verwahrlosung waren Ursache zu zahlreichen Bränden. Entstand im Mittelalter ein solcher, so war es Pflicht, das Feuer zu „beschreien“. Man rief: „Feuer! Feuer!“ oder: „Wasser her!“ Die Nachbarn stimmten in den Ruf ein und das Geschrei pflanzte sich durch die ganze Stadt fort, als einfachste Art der Feuermeldung; das hieß eben das Feuer beschreien. Wer das Feuer nicht rechtzeitig beschrie, wurde bestraft. 1645 war verordnet: „Ein jeder Bürger soll sein Feuer und Licht in seinem Hause wohl inachtnehmen, die Feuermäuern (Essen) richtig ausführen und verwahren, daß niemandem ein Schaden zugefügt wird. Wenn aber bei jemandem Feuer auskommt, „was der liebe Gott verhüten wolle“, und darüber der Glöcknerschlag, Feuerglocke, oder Geschrei erfolgt (ohne daß der Feuergefährdete selbst das Feuer beschrien hatte), so soll der Wirt mit einem guten Schock zur Strafe verfallen sein.“ 1664 ordnete eine gedruckte Feuerordnung das Verhalten der Bürger bei Feuersgefahr. Aus dem Ertrage der Jahrmarktsstättengelder von 1669 wurde für 75 Taler 5 Groschen 4 Pf. die erste Feuerspritze mit 36 Ellen Strahlhöhe angekauft, der im folgenden Jahre eine zweite mit 40 Ellen Strahlhöhe folgte. 1678 war es verboten, in der Nacht und bei Licht Flachs zu brechen und zu risseln. Auch soll niemand mehr als auf eine Woche Stroh oder Brennholz im Hause haben, weshalb durch die Viertelsmeister viermal Haussuchung im Jahre gehalten wird. Vor den Türen der Häuser sollten mit Wasser gefüllte Bottiche aufgestellt werden, damit das Haus für den Fall einer Entzündung mit dem unentbehrlichen Löschmittel notdürftig versehen sei. Dem gleichen Zwecke, aber auch der Versorgung mit Trinkwasser bei Dürre, dienten die Wasserbrunnen in den Kellern der Häuser, wie solche in manchem Bürgerhause, z. B. in des Verfassers Vaterhause, Herrengasse 92, heute noch vorhanden sind. In den Leiterhäusern, z. B. an der kleinen Wassergasse, vor dem Niedertor, am Planberge usw. wurden die Feuerleitern aufbewahrt. Bei allen größeren Wasserbütteln am Obertor, der Herrengasse, Markt, Wasser- und anderen Gassen waren Bottiche mit hölzernen Schlittenküsen vorhanden, auf welchen letzteren das Wasser zur Feuerstelle geschleift werden sollte. Die Spritzen waren in Spritzenhäusern untergebracht, von denen sich eins am Kirchplatz, das andere unweit der Weißeritzbrücke am Eingange des Walksteges, eins an der Brauhofstraße befand. Die Bürgerschaft war in eine Lösch-, Rettungs- und Wachtschar eingeteilt. Bei Feuer war viel Geschrei, aber wenig oder zu spät erscheinende Hilfe zu bemerken. Es fehlte an Ordnung und Gehorsam, der sich dem Besten des Ganzen unterordnete. Im entgegengesetzten Falle entstand aus kaum bemerkenswertem Feuerverdacht oft eine unbegründete Aufregung, so z. B. am 10. Februar 1738 abends 10 Uhr in finsterer Nacht und bei Regenwetter, wo die ausgerückte Spritze und die Feuermannschaft kein Feuer entdecken konnte, schließlich aber festgestellt wurde, daß im Hause des Bürgers Buße vor dem